Mittwoch, 18. Januar 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 50 Pf.

Berliner Tageblatt

Nr. 30

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Lloyd Georges Antwort an Poincaré.

Für die Fortsetzung der Politik von Cannes.

Die „höhere Aufgabe: Vereinigung der Völker zum Abschluß eines dauernden Friedens."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 18. Januar.

Poincaré hat nach der Tradition beim Antritt seines Amtes an die Premierminister der verbündeten Staaten Begrüßungstelegramme gesandt und von ihnen die höflichen Antworten erhalten. Die äußere Form dieser offiziellen Kundgebungen ist ungefähr überall die gleiche. Es wäre sehr naiv, aus diesem Austausch höflicher Redensarten politische Schlüsse ziehen zu wollen. Besondere Aufmerksamkeit wird aber in der Pariser Presse der Depesche des englischen Premierministers geschenkt, die von allen übrigen abgesondert auf den ersten Seiten der Zeitungen veröffentlicht wird und offenbar als ein kostbares Dokument für die Sympathien betrachtet werden soll, die in England der Regierung Poincaré entgegengebracht werden. Die Depesche, die Poincaré an Lloyd George gerichtet hat, lautet: „Ich lege Wert darauf, im Namen der französischen Regierung die Versicherung zu erneuern, die ich Ihnen in unserer freundschaftlichen Unterhaltung am Sonnabend privatim gegeben habe. Frankreich wird sich beeilen, die Prüfung der Fragen, die heute zwischen England und Frankreich in der Schwebe sind, in freundschaftlichem Geiste wieder aufzunehmen. Ich habe die feste Hoffnung, daß es uns gelingen wird, sie durch gegenseitiges Vertrauen zum Besten unserer beiden Länder zu lösen. Die französische Regierung, als ein getreuer Dolmetsch der Wünsche des Parlaments und der Nation, ist davon überzeugt, daß zwei Völker, die auf dem Schlachtfelde eng vereint für die gleiche Sache gekämpft haben, nun auch durch volle Uebereinstimmung die Erhaltung des europäischen Friedens, die Erfüllung der unterzeichneten Verträge und die Wiedergutmachung für den durch die Invasion entstandenen Schaden sichern werden." Darauf **antwortete Lloyd George:** „Mit großer Befriedigung haben meine Kollegen und ich die freundschaftliche Bestätigung der Versicherungen erhalten, die wir am Sonnabend in einer privaten Unterhaltung ausgetauscht haben und die Sie nun im Namen des französischen Volkes wiederholen. Die englische Regierung hat in **dem vor kurzem veröffentlichten Dokument die großen Linien der Politik enger Zusammenarbeit bezeichnet,** die sie mit Frankreich aufrecht zu erhalten wünscht; jede Wiederholung dieser Ansicht wäre überflüssig. Es genügt zu sagen, daß die Sicherheit des französischen Gebietes gegen einen deutschen Angriff, Bezahlung der Wiedergutmachungen, die Frankreich für seine zerstörten Provinzen zu verlangen hat, endlich die beständige Aufrechterhaltung des Vertrages von Versailles von uns als gemeinsame Interessen des englischen und französischen Volkes betrachtet werden, Interessen, welche von beiden Völkern zusammen geschützt werden müssen. Wir wünschen nur — und wir stellen gern fest, daß auch Sie den gleichen Wunsch haben —, alle schwebenden Fragen so zu regeln, daß nichts die enge Entente zwischen unseren Völkern stören kann, und daß der kameradschaftliche Geist aus der Zeit des Krieges uns auch weiter beseelen möge **bei einer viel höheren Aufgabe, die Völker Europas zum Abschluß eines dauerhaften Friedens zusammenzuführen."**

Die französischen Zeitungen heben die Stelle durch den Druck hervor, in der von der Sicherheit Frankreichs und der Wiedergutmachung gesprochen wird. Wichtiger aber als diese ganz selbstverständlichen Zusicherungen sind der Anfang und Schluß. Die englische Regierung weist auf das Programm der künftigen Beziehungen, das sie kürzlich von Cannes aus veröffentlicht hat, und erklärt eine Wiederholung für überflüssig. Das kann nichts anderes heißen, **als daß an diesem Programm nichts geändert werden soll.** Die englische Regierung erklärt auch, daß sie trotz der Erinnerung an die Kameradschaft des Krieges als die höhere Aufgabe die friedliche Vereinigung der Völker Europas betrachte. Sie weist also indirekt in ihrer ersten offiziellen Kundgebung auf die Konferenz von Genua hin, die Lloyd George mit Recht für sehr wichtig hält und über die Herr Poincaré in seinem letzten Aufsatz in der „Revue des deux Mondes" so hier wiedergegebene nicht sehr begeisterte Urteil geäußert hat. Was zwischen den Zeilen der englischen Antwort zu lesen ist, heißt: Fortsetzung der Politik Briands! Diese Auffassung wird bestätigt durch den Bericht, den der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien" über die Auffassung der Regierung gibt. Man glaubt, daß die Verlängerung des englisch-französischen Paktes über zehn Jahre hinaus keine Schwierigkeiten machen werde. Schwerer wenn nicht unmöglich werde es sein, die Unterschrift Englands unter eine Militärkonvention zu erhalten. Dann heißt es weiter: „Sobald die Konferenz in Genua und die Wiedergutmachung in Betracht kommt, hofft man mit Bestimmtheit, daß Poincaré den Hauptlinien der Politik folgen wird, die zu den Abmachungen von Cannes geführt haben."

Einige französische Zeitungen verzeichnen das Gerücht, daß Lord Curzon in seinem Amte demnächst durch den englischen Botschafter in Paris Lord Derby ersetzt werden soll. Diese Anregung, die dem französischen Wunsch entspricht, taucht regelmäßig in den Pariser Zeitungen auf, wenn Frankreich mit England über französische Interessenfragen verhandelt.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.)

Jacques Bainville stellt in der „Liberté" die Behauptung auf, der Ursprung der Krise von Cannes sei in Washington zu suchen. Die französische Delegation habe dort eine beklagenswerte Niederlage erlitten. Sie habe sich von Anfang bis zu Ende getäuscht. Sie habe zunächst geglaubt, die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen den Vereinigten Staaten und England spielen zu können, während England mit dem festen Entschluß auf der Konferenz gegangen sei, in enger Fühlung mit den Vereinigten Staaten zu bleiben. Dann sei die Rede Briands über die Entwaffnung gekommen. Da die Entwaffnung zu Lande in Washington gar nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte, hätten Hughes und Balfour Briand billig die Gelegenheit verschafft, zu verteidigen, was nicht angegriffen worden sei, auch in dem Glauben, daß Frankreich, nach dieser Richtung zufrieden gestellt, das Abrüstungsprogramm zur See annehme. Statt dessen hätte die französische Delegation 350 000 Tonnen verlangt. Das habe in den Vereinigten Staaten eine Explosion hervorgerufen. Frankreich habe also nicht nur ein großes Heer, sondern auch eine große Flotte verlangt, und dadurch sei es die militaristische und imperialistische Nation par excellence geworden.

Die Affäre Poincaré.

Ein Verteidiger.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 18. Januar.

In einem Artikel aus Berlin, der den Eindruck des Kabinetts Poincaré in Deutschland schildert, berichtet der „Eclair" auch über die Artikel: „Die Affäre Poincaré" im „Berliner Tageblatt". Es heißt da: „Die Bolschewisten haben einigen Zeitungen, besonders dem „Berliner Tageblatt", dessen Feindschaft gegen Frankreich bekannt ist, Dokumente übergeben, die angeblich aus russischen Archiven stammen. Vollkommen falsch oder künstlich hergerichtet, (!) sollen diese Beweisstücke zeigen, daß Herr Poincaré der verantwortliche Urheber des Krieges sei. Nach der deutschen Zeitung hat nicht Wilhelm II. der ganzen Welt den Krieg erklärt, sondern der frühere Präsident der Republik. Es war nicht die Admiralität oder der Generalstab, welche die Torpedierung der „Lusitania" oder den Brand von Löwen anbefohlen haben, sondern Poincaré. Es war also ganz natürlich, daß nach deutscher Auffassung, die Dokumente, die Theodor Wolff veröffentlicht hat, eine viel größere Bedeutung besaßen als andere sensationelle Geschichten ähnlicher Art. So wird es erklärlich, daß die Korrespondenten des „B. T." in Paris und im Haag mit diesen Telegrammen eine schmerzliche Enttäuschung erlitten, als sie zugeben mußten, daß die „sensationellen Enthüllungen" ihrer Zeitung fast unbemerkt vorüber gingen . . . Es muß aber festgestellt werden, daß die deutschen Blätter sich einige Mäßigung auferlegen, seitdem Herr Poincaré die Regierung gebildet hat. Sie haben sich wohl selbst gesagt — wenn nicht die Wilhelmstraße es ihnen gesagt hat (!) —, daß eine solche Kampagne sonst leicht zum Schaden Deutschlands ausgehen kann. Es ist also heute die Losung gegeben: Abwarten!

*

Der „Eclair" hat gewiß von den „Subsidien", die Herr Iswolski mit Hilfe des Herrn Poincaré hungrigen Pariser Blättern zukommen ließ, seinen Anteil erhalten. Seine ganze Vergangenheit berechtigt durchaus zu dieser Annahme. Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, daß ungefähr jedes Wort in den Ausführungen des „Eclair" eine Lüge ist. Die hier veröffentlichten Dokumente sind nicht „vollkommen falsch oder künstlich hergerichtet", sondern absolut authentisch. Durch die alberne Bemerkung, daß wir behaupteten, nicht Wilhelm II., sondern Poincaré habe den Krieg erklärt, sollen dem französischen Leser unsere Veröffentlichungen, die er nicht kennt, als ganz sinnlos hingestellt werden. Für solche Täuschung des französischen Publikums sind Blätter wie der „Eclair" immer bezahlt worden. Die holländische Presse, die das Blatt erwähnt, hat die hier veröffentlichten Berichte Iswolskis ausführlich wiedergegeben. Daß die französische Presse sie ihrem Publikum unterschlagen hat, oder sie in der Art des „Eclair" behandelt, beweist, wie groß die Furcht vor der Wahrheit ist.

Rathenaus Bericht vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Die Besprechungen in London, Paris und Cannes.

Heute vormittag 11½ Uhr begann, wie wir bereits ankündigten, die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags. Den Beratungen wohnte das gesamte Reichskabinett mit dem Reichskanzler Dr. Wirth an der Spitze bei. Auch Dr. Rathenau war zugegen. Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriff Dr. **Rathenau** das Wort und berichtete in mehr als einstündigen Ausführungen über seine Besprechungen in London, Paris und Cannes. Die Ausführungen wurden für vertraulich erklärt. Nach ihm ergriff der Abgeordnete Helfferich das Wort. Während der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses erschien im Reichstage auch der französische sozialistische Abgeordnete Renaudel, der sich mit einigen sozialistischen Abgeordneten längere Zeit unterhielt. Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, an der übrigens auch der Abgeordnete Stinnes teilnimmt, dauert gegenwärtig noch an. Im Verlauf der Debatte ergriff auch der **Reichskanzler** das Wort zu längeren Ausführungen über die außenpolitische Lage.

Abends wird der Reichskanzler die Hauptschriftleiter der Presse in der Reichskanzlei empfangen, um auch ihnen Aufklärung zu geben über die schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen.

Der englische Reparationsplan für Genua.

„Daily Mail" berichtet, der Plan zur Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungszahlungen, der auf der Konferenzen von Genua einen hervorragenden Platz einnehmen werde, werde in der Art einer Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich gehalten sein, in der England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung streichen würde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

Das Echo.

Briand—Pilsudski; Poincaré—Dmowski.

Von unserem Korrespondenten

Wilm Stein.

Warschau, 14. Januar.

Daß ein polnischer Gesandter, ehe er nach Moskau geht, mit dem Warschauer französischen Gesandten Panafieu konferieren muß, ist im heutigen Polen selbstverständlich; ebenso auch, daß Panafieu die „Ansichten" der französischen Regierung bei einer auftauchenden polnischen Regierungskrise oder bei anderen wichtigen Fragen dem Warschauer Kabinett und den übrigen entscheidenden Faktoren eindringlich mitteilt. Bei dieser halb freiwillig gewollten, halb unfreiwillig gewordenen politischen Gebundenheit an Frankreich, der sich Verschuldung und wirtschaftliche Bindungen zugesellen, ist es begreiflich, daß der französische Kabinettswechsel in Warschau beinahe mehr Aufregung hervorruft, als wenn die polnische Regierung zurückgetreten wäre.

Mit Briands Rücktritt tritt Polen nach einhelliger Ansicht in eine ernste politische Gefahrenperiode ein, auf deren Ausgang es nur indirekt Einfluß nehmen kann. Darüber sind sich viele in Polen klar, daß — wie das Organ der Pilsudski-Kreise sagt — „das englisch-französische Bündnis das Unterpfand der Existenz Polens" ist. Gezwungen, auf jeden Fall durch dick und dünn mit Frankreich zu gehen, fühlt man sich daher sehr beklemmt durch den Gedanken, daß ein Kabinett Poincarés der Beginn des Endes der Entente werden könnte.

Auf die inneren Verhältnisse Polens kann der französische Regierungswechsel leicht lebhafte Rückwirkungen ausüben. Trotz aller feineren Unterschiede der anderthalb Dutzend politischer Parteien bekämpfen sich im wesentlichen zwei Richtungen, die nationaldemokratische Rechte und die „Zentrolinke" der Bauern und Sozialisten; nach den prominenten Führern genannt, ringen Dmowski und Pilsudski um die Regierungsmacht in Polen. Die politische Richtung Pilsudskis, Witos' und ihrer Freunde vermag sich immer schwerer gegen die vordringende nationaldemokratische Orientierung zu verteidigen, die schon gegenwärtig hinter den Kulissen tatsächlich regiert. Erst in den letzten Tagen konnte mit Skirmunts bereitwilliger Hilfe die Nationaldemokratie Pilsudski die Ernennung Szebekos zum Völkerbundsdelegierten abtrotzen. Der stärkste Rückhalt für die Parteien, die hinter Pilsudski stehen, war das Kabinett Briand. Durch Briand war Pilsudski vor Jahresfrist nach Paris eingeladen worden, um die französisch-polnische Militärkonvention abzuschließen, und Briands Kompromissen mit England hat Polen in den Besitz Oberschlesiens gebracht. Wichtiger fast noch war, daß Briand gerade die Pilsudskische Richtung in Polen favorisierte, wenn er natürlich auch die allgemeine Franzosenliebe kannte. Das größte Aktivum dafür war, daß sich Briand und Pilsudski in der russischen Politik Polens einig fanden. Die Idee des feindlich trennenden Walles zwischen Deutschland und Rußland, der sich von Tschechien über Großpolen erstreckte und allmählich auf friedlichem Wege Litauen und die Baltenstaaten an sich heranziehen soll, war Briand und Pilsudski gemeinsam — nur mit einem Unterschiede des Akzentes auf polnischer Seite sah man den Hauptwert des Walles in der Abwehr Rußlands von Polen, auf französischer in der Trennung Deutschlands von Rußlands. Grundsätzlich war man sich einig, daß das bolschewisierte Rußland einstweilen noch lange das Rußland sein wird, mit dem die Welt zu rechnen hat.

Die polnische Rechte, die Nationaldemokratie, unter Dmowski, stellt in der russischen Frage trotz kleiner Konzessionen an den Augenblick die „Politik des Blickes auf später" stets in den Vordergrund. Die Erkenntnis der Gegenseite, daß Rußland — auch das „wiedererwachte" — in Polen seinen Hauptfeind sehen wird, und daß Polen für Frankreich nur dann „notwendig" bleibt, wenn es an Rußlands Stelle in der französischen Ostpolitik sich festsetzen kann, wird von der Nationaldemokratie mit Feuer und Schwert bekämpft. Für sie ist es Glaubenssatz, daß Rußland und Frankreich sich wieder die Hand reichen werden, und sie will dann der Dritte im Bunde sein. In ihrer politischen Rechnung figuriert allein das erhoffte, bürgerliche oder reaktionäre Rußland der Zukunft. Sie setzt voraus, daß ein Kabinett Poincaré die gleiche Grundstellung zu Rußland haben wird. Vorläufig hält sie den französischen Militarismus, mit dem polnischen verbündet, für ausreichend, „den Frieden Europas" im Versailler Sinne zu sichern — und für später glaubt sie an die russisch-französische Allianz. Aus der Erfahrung am eigenen Leibe hält sie die Tatsache, daß Frankreich erster Gläubiger eines die alten Fäden wieder anknüpfenden Rußlands sein wird, für ein ausreichendes Unterpfand dieser Freundschaft; sie verkennt dabei, daß zwischen den Kräften Polens und des einmal wieder erstarkten Rußlands immerhin Unterschiede sind. Für Polen selbst aber glaubt sie unter dem vorausgesetzten französischen Druck auf Rußland zur friedlichen Vereinbarung, zum berühmten „russisch-polnischen Ausgleich" ihres alten Programms gelangen zu können, besonders wenn sie sich nicht durch Bündnisse mit den übrigen russischen Randstaaten in Konflikte verwickeln läßt.

Während also die polnischen Mittel- und Linksparteien die Existenz Polens durch ein französisch-englisches Bündnis und ein französisch-polnisches, in Verbindung mit einem durch Pufferstaaten ergänzten Wall zwischen Deutschland und Rußland gesichert sehen — rechnet die Nationaldemokratie für die Zukunft mit einer französisch-polnisch-russischen Verständigung, ergänzt durch Bündnisse mit Tschechien und